

Forum Eine Welt Bremen

Ausschuss für internationale Angelegenheiten in der SPD-Landesorganisation Bremen

Beschluss des Forum Eine Welt Bremen vom 10. Dezember 2020 zum Programm für die Bundestagswahl 2021 zum Bereich „Entwicklungspolitik“

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1. Kohärente Entwicklungspolitik

Die SPD wird eine Entwicklungspolitik formulieren, die eine - über die deutschen Vertreter in diesen Institutionen - konzeptionell kohärente Abstimmung zwischen den nationalen, europäischen und internationalen Entwicklungsprogrammen herstellt. In allen Programmen sind Budgethilfen an Staaten Prinzipien der Transparenz zu unterwerfen.

2. Globalisierung / internationale Handels- und Wirtschaftsabkommen

- Es müssen Rahmenbedingungen zum Ausschluss von Konkurrenzverhältnissen zwischen deutschen Arbeitnehmern und denen im globalen Ausland entwickelt werden.
- In der WTO muss Deutschland den wirtschaftsliberalen Vorstellungen ein nachhaltiges, sozial gerechtes, demokratisches und umweltgerechtes multilaterales Handelssystem entgegensetzen.
- Die Einführung eines Lieferkettengesetzes mit strikten und einklagbaren Kontrollmechanismen muss dringend erfolgen. Dazu gehören auch Mechanismen für die Beobachtung von Finanzströmen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern (auch Steueroasen) mit Bezug auf multinationale Unternehmen.

3. Einhaltung der Menschenrechte

Für sozialdemokratische Entwicklungspolitik umfasst die Prüfung aller Leistungen als Geberland auch die Aspekte von „good governance“; d.h. die Leistungen müssen insbesondere fokussiert sein auf die Einhaltung der Frauenrechte (z.B. Landbesitz)

auch in kleinbäuerlichen Strukturen, die Verhinderung von Kinderarbeit u.a. auf Plantagen, und der uneingeschränkte Zugang aller gesellschaftlichen Gruppen am politischen Prozess.

4. Nachhaltigkeit

Die Beachtung der Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik muss sich nicht zuletzt konzentrieren auf weltweite Entwaldungsvorgänge mit ihren massiven Verlusten in der Biodiversität (u.a. Entstehung von Pandemien) und auf die damit verbundenen erheblichen Einwirkungen auf die Klimaentwicklung in den von der Entwaldung direkt betroffenen Ländern. Hierzu gehört aber auch gleichzeitig die Unterstützung alternativer Energieerzeugungen und die deutliche Steigerung der Produktivität in den kleinbäuerlichen Landwirtschaften zur Reduktion des Flächenverbrauchs auf Grund des Bevölkerungsdrucks.

Konzentriert muss daran gearbeitet werden, dass durch die Entwicklungspolitik in den industriell nicht- oder wenig entwickelten Ländern eine Umsetzung der Pariser Klimaziele und der internationalen 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs von 2015) unterstützt wird. Auch der Konflikt zwischen den nachteiligen Folgen des Ferntourismus und dem Ausbleiben von Einnahmen von Entwicklungsländern im Tourismus muss aufgearbeitet und gelöst werden.

5. Gesundheit

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Forschung im Bereich von Tropenkrankheiten im Rahmen der WHO weit mehr als in der Vergangenheit von den Geberländern unterstützt wird. Auch die HIV/AIDS-Forschung, für eine Krankheit, die in wenig industrialisierten Ländern weit stärker verbreitet ist als bei uns, erfordert mehr Unterstützung als bisher, um die gravierenden menschlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Krankheit entscheidend zu verringern.

Begründung und Erläuterungen zu den Einzelpunkten:

Der Begriff Entwicklung ist unscharf. Das genaue Verhältnis zwischen externen und internen Bedingungen nachholender Entwicklung bleibt nach wie vor ungelöst. Weshalb gelingt es z.B. Entwicklungsländern, die vom Export mineralischer und fossiler Rohstoffe leben, im allgemeinen nicht, sich von dieser Naturgrundlage unabhängig zu machen und ihre Ökonomien substantiell zu diversifizieren, obwohl alle ihre Entwicklungspläne von diesem Ziel sprechen? Weshalb bewegen sich die jährlichen Ansätze für ländliche Entwicklung in fast allen Haushaltsplänen afrikanischer Staaten unterhalb von 5% (z.B. Uganda 2,7 %, Ghana 3,3 %), obwohl sie alle die Maputo-Erklärung von 2003 unterschrieben haben, jährlich mindestens 10% für landwirtschaftliche Entwicklung einzusetzen. Dazu gehört auch die Frage, weshalb so wenig gegen die Nachernteverluste, die sich zwischen 30 und 50 % bewegen, getan wird; allein hierdurch könnten die

Nahrungsmittelprobleme entscheidend reduziert werden. Afrika führt jährlich für knapp 500 Millionen US\$ Nahrungsmittel ein.

Seit der Gründung des BMZ im Jahre 1961 hat es bis heute keine SPD-geführte Regierung - von den anderen ganz zu schweigen - geschafft, eine kohärente Entwicklungspolitik zu formulieren. Der BMZ-Haushalt 2020 (Einzelplan 23) inklusive 2. Nachträge 2020 hat ein Volumen von 12,43 Milliarden Euro: 44% des Haushalts ist für bilaterale EZ (finanzielle über KfW und technische über GIZ) ausgewiesen, knapp 8 % für den Europäischen Entwicklungsfonds, 9 % für die UN und internationale Einrichtungen (wie z.B. FAO und 18 internationale landwirtschaftliche Forschungsstationen), knapp 9 % für die Weltbankgruppe, knapp 3 % für Regionalbanken (z.B. African Development Bank), knapp 7 % für Internationale Ernährungssicherung, 10 % für "Sonderinitiativen" (z.B. "Fluchtursachen bekämpfen"), 11 % für zivilgesellschaftliches, kommunales und wirtschaftliches Engagement. ("Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft")

In allen diesen deutschen, europäischen und internationalen Geldmittelabnehmern ist das BMZ mit Vertretern, Direktoren oder Projektbegutachtern vertreten, aber wie die jetzt 60jährige konzeptionelle Arbeit im Ministerium, in den sogenannten Vorfeldorganisationen, den wissenschaftlichen Think-Tanks, den NGOs ausweist, kann der Erfolg aller dieser Bemühungen in Afrika als recht mager bezeichnet werden (das sieht man schon daran, dass eine nicht unbeträchtliche Zahl von Afrikanern ihrem Kontinent am liebsten den Rücken kehren würden). Das liegt im wesentlichen daran, dass eine kohärente Abstimmung der deutschen Seite zwischen den bilateralen Programmen, den europäischen und den internationalen Programmen fast nicht sichtbar ist.

Die "Arbeitsgruppe Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion" bis jetzt nicht dadurch aufgefallen, dass sie von der jeweiligen Bundesregierung eine kohärente EZ-Politik zwischen den Mittelabnehmern eingefordert hat.

Das 0,7%-Ziel: Ein 0,7 %-Ziel einfach ins Blaue hinein zu fordern, mag zwar vielleicht zu einem höheren Geldmittelabfluss, damit aber noch in keiner Weise zu einem durchschlagenden Entwicklungserfolg führen. Ob das 0,7%-Ziel überhaupt angestrebt werden soll, wird in dem Kölner Memorandum von 2016 stark bezweifelt.

Welche Rahmenbedingungen müssen festgeschrieben werden, damit die Globalisierung zwischen deutschen und Arbeitnehmern im globalen Ausland nicht zu einem Konkurrenzverhältnis führt? Welche Rahmenbedingungen sollen für Internationale Handels- und Wirtschaftsabkommen gelten? Hier muss Klarheit herrschen! Bspw. muss den wirtschaftsliberalen Ansichten der WTO ein multilaterales Handelssystem, welches nachhaltig, sozial gerecht, demokratisch und verantwortlich gegenüber der Umwelt sein soll, als Leitbild entgegengesetzt werden.

Die EU will für strikte Lieferkettengesetze einen Rechtsrahmen ausarbeiten. In der Bundesregierung dagegen liegt ein nationales Lieferkettengesetz zurzeit auf Eis. Dieses muss strikt sein, denn ohne einen internationalen Kontrollmechanismus kann auch das beste Gesetz nicht funktionieren.

Besteuerung von internationalen Finanztransfers muss eingeführt werden wie bspw. eine internationale Finanztransaktionssteuer oder eine vergleichbare Steuer auf zwischenstaatliche Finanztransfers.

Eingeführt werden müssen auch Gesetze zur Kontrolle der Finanzströme mit Bezug auf multinationale Unternehmen sowie zur Kontrolle von Geldwäsche und Korruption sowie die Trockenlegung von Steueroasen.

Die Rechte von Frauen müssen in den Fokus gerückt werden. Besonders in ländlichen Gebieten sind Frauen im Verhältnis zu ihrer Reproduktionsleistung in fast allen wenig industrialisierten Ländern rechtlich (z.B. Landbesitz) und finanziell extrem benachteiligt.

Ähnliches gilt für die Kinderarbeit. Der "Kakao-Barometer Bericht 2020" (Cocoa Barometer 2020) hat die Parole ausgegeben, endlich Armut, Kinderarbeit und Entwaldung im Kakaoanbausektor zu beenden. Seit zwei Jahrzehnten seien in diesem Sektor keine Fortschritte erzielt worden. Bspw. in Ghana ist Kinderarbeit in diesem Sektor weit verbreitet, für die erwachsenen Arbeiter sind Hungerlöhne die Regel

Im Entwaldungsbericht 2020 der Welternährungsorganisation (FAO) wird aufgezeigt, dass die Ausweitung landwirtschaftlicher Flächen der Hauptgrund für tropische Entwaldung ausmacht. Dabei entfallen auf die Ausweitung großflächiger Landwirtschaft 40 % der Verluste und auf die Ausweitung kleinbäuerlicher Produktionsflächen 33 %. Diese Waldverluste (seit 1990 sind weltweit 80 Millionen ha Wald verlorengegangen) gehen einher mit massiven Biodiversitätsverlusten: z.B. allein von 60.082 Baumarten sind inzwischen 20.334 Arten auf die IUCN Rote Liste gesetzt worden. Gleichzeitig wird der Klimawandel durch die Entwaldungen entscheidend verstärkt. Der Entwaldungsprozess geht damit einher, dass 80% des Kochens in Afrika mit Holz und Holzkohle (allein Dar-es-Salaam verbraucht 500.000 t Holzkohle jährlich, 372.000 ha Wald werden dafür benötigt) stattfindet. Geplant ist, dass bis 2050 der Prozentsatz für ganz Afrika erst auf 65 % abgesenkt sein soll. Welche Politiken können von den Geberländern aus verfolgt werden, um den Anteil anderer Energiequellen als Holz entscheidend zu erhöhen, und auch gleichzeitig durch große Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft den Landverbrauch bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstumsdruck zu reduzieren.

Welche Politiken müssen von der SPD verfolgt werden, um die internationalen 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs von 2015) bis 2030 auch auf der bundesrepublikanischen Ebene umzusetzen?

Welche Politiken müssen von der SPD verfolgt werden, um den wenig industrialisierten Ländern bei der Umsetzung der Klimaziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 (Ratifizierung durch die EU am 5.10.2016) zu unterstützen?

Langstreckenfliegen im Rahmen von Ferntourismus soll möglichst vermieden werden. Wie können die Länder unterstützt werden, deren Wirtschaftsstrukturen, und damit ihre Einnahmequellen, in den letzten Jahrzehnten zum Teil auf diesen Ferntourismus ausgerichtet worden sind. In Ländern wie Kenia und Tansania (Serengeti) ist neben dem wirtschaftlichen Überleben einer großen Zahl von Beschäftigten auch der Erhalt der Wildtierökologie nur durch diese Einnahmequellen gesichert

Erforderlich ist die Unterstützung von Forschung zur Bekämpfung tropischer Krankheiten wie Malaria, Dengue, Chikungunya, Ebola, Schlafkrankheit, Bilharziose. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat gerade festgestellt, dass in Afrika-südlich-der-Sahara noch immer mehr Menschen - überwiegend Kinder - an Malaria als an Covid19 sterben. Auch die HIV-Forschung, eine Krankheit, die in wenig industrialisierten Ländern stärker als bei uns verbreitet ist, erfordert weit mehr Unterstützung als bisher, um die menschlichen und wirtschaftlichen Folgen dieser Krankheit entscheidend zu verringern.